Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Diese Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefwiederlegung 10 Goldpf.

Nr. 121 | Dresden, Sonnabend den 24. Mai 1924 | 35. Jahrg.

Weißbuch über das Reparationsgutachten

H. F. Nach dem Zusammentritt des Reichstages wird ein von der deutschen Reichsregierung herausgegebenes Weißbuch erscheinen, das den vollen Wortlaut der Berichte der beiden von der Reparationskommission eingesetzten Sachverständigenkomitees enthält. Es handelt sich um ein ca. 400 Seiten starkes Werk in Großoktavformat. Die Berichte sind in französischer, englischer und deutscher Sprache wiedergegeben. Der Text der deutschen beruht auf dem Wortlaut der englischen. Der französische weicht vom englischen teilweise recht wesentlich ab, wie in einer Anmerkung ausdrücklich hervorgehoben wird. Die umfassende Tätigkeit des Komitees ergibt sich schon aus den zahlreichen Sitzungen, die es abhielt. Vom 14. Januar 1924 bis zum Tage der Uebergabe der Berichte an die Repko, am 9. April, hielt das Komitee selbst 54 Sitzungen ab. Außerdem der Unterausschuß für die Stabilisierung der Währung 81, der Unterausschuß für den Ausgleich des Reichshaushalts 63. Dawes, der Vorsitzende des Komitees, hebt in seinem abschließenden Bericht an die Repko mit Nachdruck hervor, daß das Komitee seinen Plan gründe „auf jene Grundsätze der Gerechtigkeit, der Billigkeit und des gemeinsamen Interesses, an deren Vorherrschaft nicht nur die Gläubiger Deutschlands und Deutschland selbst, sondern die ganze Welt ein dauerndes Lebensinteresse haben." In diesem Sinne sei die Arbeit geleistet worden, tief durchdrungen von dem Gefühl der Verantwortung „gegenüber dem Weltgewissen". Und an einer andern Stelle in dem Abschnitt „Aufgaben des Komitees" wird ausgeführt, daß die Möglichkeit Deutschlands, seine Vertragsverpflichtungen zu erfüllen, für den Wiederaufbau Westeuropas eine Lebensfrage ist. Es heißt da:

„Man darf nicht vergessen, daß die Erfüllung dieser Verpflichtungen nicht nur für Deutschlands Gläubigerstaaten, sondern auch für Deutschland selbst von lebenswichtiger Bedeutung ist. Es ist fürwahr einleuchtend, daß ein Deutschland, dessen Wirtschaft wieder aufgeblüht ist, einer finanziellen und wirtschaftlichen Krisis in den es umgebenden Staaten nicht lange standhalten könnte. Soll die Wiederherstellung Deutschlands von Dauer sein, so müssen auch die andern Völker zu Zuständen zurückkehren, die für ihr finanzielles und wirtschaftliches Bestehen unerläßlich sind, und es muß ihnen ebenso ermöglicht werden, den normalen Warenaustausch fortzusetzen, von dem ein allgemeiner Wohlstand abhängig ist."

Rein sachlich gesehen, ob gewollt oder nicht, bedeuten diese Auffassungen und Feststellungen zweifellos eine entschiedene Absage an die Reparationspolitik, die von Poincaré bisher gegen das ohnmächtige, wirtschaftlich schwache Deutschland getrieben wurde. Die französische Regierung, die in den letzten Zügen liegt, betrachtete die ganze Angelegenheit in engstirnigster Weise in erster Linie als eine französisch-deutsche Frage, in die andre möglichst wenig hineinzureden hätten. Durch diese Politik ist nicht nur Deutschland, sondern auch Frankreich selbst bis an den Rand des völligen wirtschaftlichen Zusammenbruchs gebracht worden. Wobei nicht vergessen werden darf, daß einflußreiche Kreise Deutschlands dem Treiben Poincarés durch Sabotage billige Vorwände lieferten, und dadurch das Mißtrauen gegen Deutschland auch in andern Ländern nähren halfen. Auch in dieser Hinsicht sind in den Berichten sehr verständige Aeußerungen zu finden, indem darauf hingewiesen wird, daß das gegenseitige Mißtrauen bisher starke Hindernisse für eine objektive Beurteilung der Lage gestellt habe.

Man könnte meinen, daß Worte, wie die oben zitierten, eben nur schöne Worte seien, mit denen allein nichts anzufangen ist. Ein näheres Studium des umfangreichen Materials, das die Berichte in ihren Vorschlägen und Feststellungen bieten, zwingt aber doch zu der Anerkennung, daß hinter den Worten ein ernster, fester Wille zum Handeln steht, der von tiefer Sachlichkeit getragen ist. Dieser Eindruck ist noch viel stärker, als man ihn aus den Auszügen gewann, die in der Presse mitgeteilt wurden. — Die Empfehlungen des Komitees — so sagt Dawes weiter — dürfen nicht in dem Sinne betrachtet werden, als legten sie Strafen auf. Es sollen vielmehr Mittel in Vorschlag gebracht werden, die zur Förderung der wirtschaftlichen Erholung aller Völker Europas dienen. Ueber die Leistungsfähigkeit und die Loyalität bei der Auferlegung der Lasten wird gesagt:

„Da infolge des Krieges die Gläubiger Deutschlands bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit Steuern zahlen, so muß auch Deutschland von Jahr zu Jahr bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit Steuern zahlen. Dies entspricht jenem gerechten, dem Vertrag von Versailles zugrunde liegenden Grundsatz, der von Deutschland in seiner Note vom 29. Mai 1919 gleichfalls ausgesprochen worden ist, daß nämlich die deutsche Besteuerung „verhältnismäßig genau ebenso schwer sein müsse wie die irgendeiner der in der Kommission vertretenen Mächte". Mehr als diese Grenze war nicht zu erwarten, weniger aber als diese würde Deutschland von den gemeinsamen Nöten befreien und ihm im industriellen Wettbewerb der Zukunft einen unbilligen Vorteil verschaffen. Diesen Grundsatz verkörpert der Plan."

Und an einer andern Stelle wird in Verbindung mit diesem Grundsatz erklärt, daß die Lebensbedingungen der deutschen Arbeiter durch die Erfüllung nicht unter die der andern in Betracht kommenden, an der Regelung beteiligten Länder sinken dürfe. Dieser Hinweis ist sehr wichtig! Daran wird mit Nachdruck besonders festzuhalten sein, wenn es sich darum handelt, die innerpolitische Regelung der Vorschläge vorzunehmen. Zumal weiter gesagt wird, daß in Deutschland die besitzende Klasse bisher nicht so wie in andern Ländern zur Tragung der Lasten herangezogen wurde. — Mit großem Nachdruck wird wiederholt betont, daß der ganze Plan auf der Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft beruhe; sie ist die Voraussetzung der Durchführbarkeit der Vorschläge. Das ist ein Standpunkt von fundamentaler Bedeutung, der wiederum zu der bisherigen französischen Erfüllungspolitik in krassem Gegensatz steht. An einer Stelle, die von den Sicherungen für die Gläubiger Deutschlands spricht, wird gesagt: „Die volle Wirksamkeit dieser Sicherungen darf die normale wirtschaftliche Tätigkeit Deutschlands nicht behindern und sie ist von grundsätzlicher Wichtigkeit für die Gläubiger Deutschlands wie für Deutschland selbst." Das heißt, daß Verlangen nach Erfüllung wird sinnlos, wenn durch willkürliche Maßnahmen die Möglichkeiten der Erfüllung unterbunden werden. Anderseits wird Deutschland aber sehr eindringlich darauf hingewiesen, daß die Folgen der Ablehnung der Vorschläge des Komitees von weittragender Bedeutung sein müßte:

„Dieser seiner Natur nach billige und vernünftige allgemeine Plan führt, wenn er angenommen wird, zu einem schließlichen dauernden Frieden. Die Zurückweisung dieser Vorschläge durch die deutsche Regierung aber würde die absichtliche Wahl einer Fortdauer der wirtschaftlichen Zerrüttung bedeuten, die ihr Volk letzten Endes in hoffnungsloses Elend stürzen müßte."

Ueber die „Einstellung des Komitees" zur Sache wird gesagt, daß es im Interesse aller Beteiligten liege, den Plan „nach Treu und Glauben auszuführen", die die Grundlage jeden Geschäftes bilden. Auf diesem Grundsatz sei der ganze Plan aufgebaut. „Deutschlands Wiederaufbau stellt keinen Selbstzweck dar, sondern bildet nur einen Teil des größeren Problems des Wiederaufbaues Europas." — Es wurde ja bereits in der Presse hervorgehoben, daß die Gutachter nicht als Politiker, sondern als „Geschäftsleute" an die Lösung des Problems gegangen sind. Das hatte den Vorteil, daß sie nicht durch sonst unvermeidliche politische Rücksichten gehindert waren. Sie suchten ganz von den politischen Faktoren zu abstrahieren und überlassen es nun den Ausführenden, die politischen Folgerungen, die sich natürlich bei der Durchführung ergeben, zu ziehen. Deshalb wird in der programmatischen Inhaltsangabe zu den Berichten schon festgestellt: „Politische Sicherheiten und Strafen liegen außerhalb unsrer Zuständigkeit. Die militärische Seite dieses Problems liegt gleichfalls jenseits der Grenzen unsres Auftrags," aber in ernster Verbindung mit diesen Feststellungen steht unmittelbar vorher folgender Satz über „Deutschlands Wirtschaftseinheit":

„Zur erfolgreichen Stabilisierung seiner Währung und zum dauernden Ausgleich seines Haushaltes bedarf Deutschland der Hilfsquellen des deutschen Gebietes, wie es durch den Vertrag von Versailles festgelegt worden ist, und freier wirtschaftlicher Betätigung darin."

Die Besetzung des Ruhrgebietes und seine unmittelbare wirtschaftliche Ausnutzung durch einen andern Staat widerspricht bekanntlich dem Versailler Vertrag. So ergeben sich aus dem Gutachten ganz zwangläufig Folgerungen, die sich politisch zugunsten Deutschlands auswirken müssen, soll der hier vorgeschlagenen Erfüllungspolitik nicht die Grundlage entzogen werden. Im ersten Teil des Berichts wird dieser Seite der Sache ein besonderer Abschnitt gewidmet, in dem es heißt:

„Es ist jedoch unsre Pflicht, deutlich hervorzuheben, daß unsre Voranschläge auf der Annahme beruhen, daß Deutschlands wirtschaftliche Tätigkeit durch keine andre fremde Organisation als die hier vorgesehenen Kontrollmaßnahmen behindert und beeinträchtigt wird. Folglich fußt unser Plan auf der Voraussetzung, daß die bestehenden Maßnahmen, insoweit sie diese Tätigkeit behindern, rückgängig gemacht oder hinreichend abgeändert werden, sobald Deutschland mit der Ausführung des vorgeschlagenen Planes begonnen hat, und daß sie nur im Falle einer offenkundigen Versäumnis in der Erfüllung der allseitig angenommenen Bedingungen wieder angewendet werden. Liegt ein solches Versäumnis vor, so ist es offenbar Sache der Gläubigerregierungen, im Bewußtsein des gemeinsamen Amtes eines Treuhänders für die eigenen finanziellen Interessen und die finanziellen Interessen derjenigen, die auf der Grundlage dieses Planes Geld hergegeben haben, alsdann die Art der anzuwendenden Strafmaßnahmen und die Art und Weise ihrer schnellen und wirksamen Durchführung zu bestimmen."

Danach kann also nicht eine Regierung allein und auf eigene Faust Maßnahmen gegen Deutschland treffen. Daß derartige Bestimmungen Herrn Poincaré und seiner Politik sehr unbequem sein mußten, ist begreiflich. — Außerdem stellt das Gutachten den Grundsatz der Leistungsfähigkeit auf, die in jedem Falle genau geprüft wird, falls Deutschland die Unmöglichkeit der Leistung geltend macht. Der Willkür ist auf diese Weise immerhin ein Riegel vorgeschoben. — Bekanntlich sollen Deutschland für die ersten zwei Jahre Barleistungen aus Reichsmitteln erlassen bzw. gestundet werden, während die Sachlieferungen ununterbrochen weitergehen. Der Bericht behandelt diese Frage sehr eingehend und faßt zusammenfassend darüber:

„Nachdem wir dies klargestellt haben, müssen wir daran erinnern: 1. daß Sachlieferungen im Vertrage vorgesehen sind; 2. daß sie gegenwärtig für die Wirtschaft mehrerer alliierter Staaten unentbehrlich sind und nicht ohne erhebliche Erschütte-

Der Horizont der Tirpitz-Garde

Die Verhandlungen der Mittelparteien mit den Deutschnationalen begannen am Freitagvormittag um 10 Uhr und wurden nach einer kurzen Unterbrechung um 2 Uhr auf Sonnabend, vormittags 10 Uhr, vertagt. Die verhandelnden Parteien veröffentlichen über die Besprechungen folgenden Bericht:

„Die bereits angekündigten Verhandlungen nahmen Freitagvormittag unter der Leitung des Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz ihren Anfang. Es fand eine eingehende Besprechung über die sachlichen Grundlagen einer gemeinsamen Regierungsbildung statt. Die Personenfrage wurde offengelassen. Den Besprechungen lag eine von der Deutschen Volkspartei herrührende mit anderen Parteien besprochene Ausarbeitung zugrunde. Die Verhandlungen wurden allgemein als vertraulich bezeichnet, insbesondre verpflichteten sich die Teilnehmer, die erwähnte Ausarbeitung einstweilen nicht zu veröffentlichen. Die Verhandlungen werden Sonnabend, vormittags 10 Uhr, in gleichem Kreise fortgesetzt."

Es ist mehr als zweifelhaft, ob in den weiteren Beratungen am Sonnabend eine Einigung erzielt wird; denn obwohl der bisherige Verlauf der Beratungen von allen Parteien als Geheimnis gehütet wird, kann doch gesagt werden, daß sich schon in den am Freitag geführten Verhandlungen Gegensätze ergeben haben, die nach Auffassung von beteiligter Seite unüberbrückbar sind. Es handelt sich hauptsächlich um Gegensätze in bezug auf die Durchführung des Sachverständigengutachtens. Hier wollen die Deutschnationalen gegebenenfalls in Worten eine Politik der Erfüllung treiben, um dann aber in der Praxis eine bewußte Sabotage gegenüber der Entente zu führen. Die Spuren der Cuno-Regierung schrecken diese Bankrottpolitiker nicht. Es geht ihnen ja um innerpolitische Geschäfte und „Siege". Im Zeichen der Verantwortungslosigkeit sind die Deutschnationalen groß geworden, und in diesem Zeichen wollen sie also gegebenenfalls auch ohne Rücksicht auf die Folgewirkungen als Regierungspartei fortfahren. Eigentlich haben sie das schon durch ihren Vorschlag, den ehemaligen Großadmiral v. Tirpitz als Reichskanzler in Aussicht zu nehmen, zum Ausdruck gebracht. Der Soz. Parlamentsdienst schreibt dazu:

„Man kann die Kandidatur Tirpitz zwar jetzt schon als erledigt betrachten, aber es erscheint trotzdem zweckmäßig, auf die Tatsache, daß man Tirpitz überhaupt präsentieren konnte, einzugehen. Aus ihr ergibt sich erst recht jenes Maß der Verantwortungslosigkeit, das die Deutschnationalen bis auf den heutigen Tag ausgezeichnet hat und das sie nunmehr auch den bürgerlichen Parteien aufoktroyieren wollen. Tirpitz hat in seiner Amtszeit mehrere Male den Reichstag dreist belogen, um seine gegen England gerichteten Flottenpläne zu verschleiern. Er setzte falsche Ziffern in die Flottenvorlagen 1899/1900, so daß sich Bebel gezwungen sah, ihn im Reichstag vor aller Oeffentlichkeit groben Betrug gegenüber der deutschen Volksvertretung vorzuwerfen. Ein Privatmann, der so wie Herr Tirpitz gegenüber dem Reichstag handle — so führte Bebel u. a. aus — würde wegen Betrugs auf die Anklagebank kommen. In der gleichen Weise rechnete Eugen Richter mit den Fälscherkünsten des Staatssekretärs v. Tirpitz ab. Er erklärte eines Tages: „Ich habe hier schon über hundert Minister kommen und gehen sehen, aber nicht einen, dessen Mitteilungen und Erklärungen man so wenig Vertrauen schenken könnte wie Herrn v. Tirpitz." Aber der Mann des groben Betruges und des mangelnden Vertrauens wurde trotzdem von den Deutschnationalen in einem Augenblick als Reichskanzlerkandidat präsentiert, wo nur derjenige das Amt des Reichskanzlers bekleiden kann, der allgemeines Vertrauen, besonders im Auslande, genießt. Auf Tirpitz trifft das Gegenteil zu. Seine Kandidatur in diesem geschichtlichen Augenblick kennzeichnet deshalb erneut den Mangel an politischem Gewissen, den die Deutschnationalen in allen politischen Situationen bisher bekundet haben.

Das Echo des Auslandes über die Kandidatur Tirpitz zeigt bereits, daß Deutschland mit der Ernennung dieses Staatssekretärs von ehedem zum Reichskanzler auf dem besten Wege wäre, das mühselig wiedererworbene Vertrauen im Auslande zu verscherzen. Englische Blätter betrachten z. B. die deutschnationale Kandidatur gewissermaßen als eine Kampfansage gegen England. Erinnert man sich dessen, was Tirpitz wenige Jahre vor dem Kriege getrieben hat und von Conrad Haußmann ohne Widerspruch wiederholt öffentlich festgestellt werden konnte, dann wird das Mißtrauen der englischen Presse durchaus verständlich. Bereits im April 1912 wies Haußmann in der Zeitschrift März nach, daß v. Tirpitz eine vom Rüstungskapital subventionierte Pressehetze gegen England im Marineamt inszeniert hat. „Der deutsche Kaiser", so hob er u. a. hervor, „hat in England erklärt, er nicht, aber das deutsche Volk sei England abgeneigt. Und er sagt ein andermal, die Mißverständnisse seien durch Pressehetzereien hervorgerufen. Diese Pressehetzereien sind deutscherseits das Verdienst des Flottenvereins, und der Flottenverein ressortiert von Sr. Majestät Marineminister."

Wir wollen für heute darauf verzichten, Herrn Tirpitz noch weiterhin auf Grund seiner Vergangenheit zu charakterisieren. Das Gesagte genügt, um den Geist der Deutschnationalen zu kennzeichnen, der nach ihrem eigenen Wunsch und nach den Wünschen der Deutschen Volkspartei Deutschland in den kommenden Jahren wieder mitregieren soll. Es ist der Geist der Verantwortungslosigkeit, der fortleben wird, selbst wenn die Deutschnationalen, bevor sie in die Regierung eintreten, erklären sollten, daß sie das Sachverständigengutachten loyal durchführen wollen. Das hat sich nach unsrer Interpretation im Verlauf der am Freitag geführten Verhandlungen erneut ergeben, und es ist uns deshalb nicht ohne weiteres verständlich, wie vor allem das Zentrum und die Demokraten sich mit den Deutschnationalen noch weiterhin zu Verhandlungen zusammenfinden können. Gewiß, die Absicht, über den Willen und die Haltung der Deutschnationalen Fraktion Klarheit herbeizuführen und ihre hetzerische Verbearbeit gegen die Regierung für die Zukunft zu bannen, ist durchaus schätzenswert, aber man muß sich auch darüber klar sein, daß heut, wo Verantwortungslosigkeit herrscht — und das ist nun einmal bei den Deutschnationalen der Fall — Klarheit, wie sie notwendig ist, nie geschaffen wird. Wenn man davon in den maßgebenden Reihen der Mittelparteien überzeugt ist, sind u. E. weitere Verhandlungen überflüssig, denn sie können der Klärung der politischen Politik nicht förderlich, sondern nur schädlich sein."

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19240524/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG